

Entwaffnen der Finanzmächte ist erste Bürgerpflicht!

Von der Finanzkrise zur europäischen Krise – eine Basisinfo

Wie man „Schuldensünder“ produziert

„Die faulen Südländer! Machen Siesta und leben auf unsere Kosten. Jetzt müssen sie büßen, wenn sie von uns aus ihrem Schuldensumpf gezogen werden wollen!“ So tönt es mehr oder weniger offen rassistisch in deutschen Medien. Und die Bundesregierung heizt die Hetze mit an. Abgelenkt wird damit von wesentlichen Fakten: **Jedem Schuldner stehen Gläubiger gegenüber, die Rendite erzielen wollen. Und: Hohe Staatsschulden sind der Allgemeinzustand.** Woher rühren die hohen Staatsschulden?

1. Liberalisierung und Deregulierung erodiert Staatseinnahmen

Im Zuge der Globalisierung und der neoliberalen Wende wurden Reiche und Kapitalgesellschaften seit den 1980er Jahren von Gewinn- und Vermögenssteuern entlastet. Dadurch sollten sie im globalen Standortwettbewerb bestehen können und Arbeitsplätze sichern, redete man uns BürgerInnen ein. Irland wurde wegen seiner Steuerflattrate als Vorbild beklatscht. Deutschlands öffentliche Kassen hätten ohne die Steuersenkungen seit dem Ende der 90er Jahre jährlich zwischen 20 und 50 Mrd. Euro mehr Einnahmen gehabt. Die **Umverteilung zu Lasten der Allgemeinheit** hat zu starken Vermögenskonzentrationen geführt: Weltweit besitzen acht Prozent der Reichsten 87 Prozent des Vermögens. Es wird jedoch überwiegend nicht für produktive Investitionen verwendet, sondern an die Finanzmärkte getragen. Zusammen mit dem Recht der Banken, Kreditgeld zu schöpfen, entstand eine aufgeblasene Finanzsphäre, die sich vom Bezug zur realen Wirtschaftstätigkeit weitgehend löste. Seit den 90er Jahren haben Regierungen aller politischen Richtungen das **Finanzkasino** mit immer neuen Freiheiten ausgestattet, die von Banken, Hedgefonds und anderen „Investoren“ genutzt wurden: zum Spekulieren, für kriminelle Geschäfte, zur Kapitalflucht an Schattenfinanzplätze, um sich der Besteuerung und Kontrolle zu entziehen. Das Finanzkasino ist 8mal so groß wie das gesamte Weltsozialprodukt! Die Spekulationsexzesse brachten 2007/2008 das globale Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs.

2. Übernahme der Zock-Schulden durch die Staaten

Ob Griechenland, Irland, Portugal, Italien, aber auch Deutschland, die USA und Großbritannien: Alle Staaten haben in Folge der Finanzkrise 2008 gigantische Bankenrettungspakete geschnürt, d. h. die Spekulationsverluste der Banken den BürgerInnen aufgebürdet. Beim folgenden massiven Wirtschaftseinbruch platzte auch die Blase der Scheinwertschöpfung von Immobilien, die am Bedarf vorbei, als internationale Steuersparmodelle errichtet worden waren, z. B. in Irland oder Spanien. Die Erosion der Einnahmen und die Explosion der Ausgaben wurden über die Schuldenaufnahme auf den „Finanzmärkten“ ausgeglichen. Die Staaten gerieten in eine vollständige Abhängigkeit von „den Märkten“, neue Schuldscheine zu kaufen und alte Schuldscheine zu refinanzieren. Dabei machen die Banken ein gutes Geschäft: Sie können sich zu einem Zinssatz unter der Inflationsrate Geld bei der Europäischen Zentralbank EZB leihen und den Staaten zum mehrfachen Zinssatz weiterverleihen!

3. Spekulative Attacken

Ob Schulden für einen Staat tragbar sind, hängt wesentlich von der Zinshöhe ab. Seit zwei Jahren wird, - angefangen mit Griechenland -, ein Euroland nach dem anderen von den Finanzmärkten in die Mangel genommen. **Spekulative Attacken** gehen Hand in Hand mit politisch motivierten Herabstufungen der Kreditwürdigkeit von Euro-Ländern durch die **unkontrollierten US-Ratingagenturen**. Indem man ihre Anleihen auf Ramschstatus setzt, werden die Zinskosten in die Höhe getrieben und bis dahin verlässliche Schuldner in die Zahlungsunfähigkeit gedrängt. Dabei können Staaten der Erpressung durch die Finanzmächte kaum entgehen: Setzt ein Land kein hartes Sparprogramm auf, wird es deshalb herabgestuft. Verhält es sich nach dem Willen der Agenturen, wird es herabgestuft, weil es mit dem Sparprogramm die Wirtschaft abwürgt – so geschehen bei Spanien. Dass die völlig überschuldeten USA oder Großbritannien von einer Herabstufung verschont bleiben, deutet darauf hin, dass die systemische Finanzkrise unterlegt ist von einem Währungskrieg US-Dollar versus Euro. Überlebt der US-Dollar den Euro, kann er noch eine Weile seine privilegierte Rolle als Weltleitwährung spielen und den USA eine billige Refinanzierung garantieren.

4. Währungsunion ohne Sozial- und Wirtschaftsunion

Bezogen auf die Eurozone kommt hinzu: Es wurde eine Währungsunion ohne Sozial- und Wirtschaftsunion

eingerrichtet. Die deutschen **Exportüberschüsse** mit der Eurozone, die sich in den vergangenen 10 Jahren auf 650 Mrd. Euro summieren, **haben die deutschen BürgerInnen mit Lohndumping und Sozialabbau** und die europäischen Handelspartner mit Staatsverschuldung **bezahlt**.

Kein Schutzschirm, sondern Schirmherrschaft der Troika

Jeder Hilfskredit, den EU-Kommission, Euro-Länder und IWF (Troika) vergeben, wird nur unter strengen Auflagen ausgezahlt, an die sich das Empfängerland bedingungslos halten muss. Die Programme zur Haushaltskonsolidierung treffen vor allem Beschäftigte, Rentner, Arbeitslose und Arme: drastische Erhöhungen von Gebühren und Mehrwertsteuer, Senkungen von Löhnen und Renten um 20 bis 50 %, Zwang zur Privatisierung. Dabei werden **Recht, Gesetz und Demokratie außer Kraft gesetzt**: Die Troika verlangt die flächendeckende Aufhebung von Tarifverträgen und eine Absenkung des Mindestlohns, neue Einkommensteuern werden rückwirkend eingezogen, Parlament und Regierung in Griechenland stehen unter der Vormundschaft der Troika. Die massive Kapitalflucht wird nicht unterbunden; 200 Mrd. Euro griechischer Vermögen allein in der Schweiz bleiben unangetastet. 41 Mrd. Euro Steuerschuld werden von den Behörden nicht eingetrieben. Die Lage in Griechenland ist nach 18 Monaten „Rettung“ völlig desolat: Die Wirtschaft ist um - 10 % seit 2009 eingebrochen, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 40 %, Unterernährung und Obdachlosigkeit nehmen zu. In Portugal, Spanien und Italien drohen bald ähnliche Verhältnisse. Hinter dem Begriff des „Eurorettungsschirms“ verbirgt sich eine Rettung der Gläubiger: 80 % der Hilfskredite werden sogleich an sie weitergereicht. Selbst der geplante Schuldenschnitt könnte sich am Ende für die Banken und Versicherungen als Gewinn entpuppen, wenn sie im Gegenzug garantierte Anleihen mit höherer Verzinsung erhalten.

Operation Euro-Rettung misslungen – Europäische Demokratie tot

Die Politik in der Eurozone ist derzeit nur von einem Gebot geprägt: **Du musst das Vertrauen der Finanzmärkte gewinnen**. Die Konstruktion des sog. Europäischen Rettungsschirms EFSF macht sich vom Goodwill der internationalen Investoren und amerikanischen Agenturen abhängig. Kein Wunder, dass sich seit 1 1/2 Jahren die Krise von Monat zu Monat verschärft und in eine Krise der Demokratie mündet. Die Beschlüsse zur europäischen Wirtschaftsregierung verpflichten die Staaten auf eine radikal neoliberale Politik der Haushaltskonsolidierung. Als **neues Machtzentrum** hat sich die **Frankfurt Clique** aus Merkel, Sarkozy, Jean-Claude Juncker, Herman van Rompuy, IWF, EZB sowie Vertretern der EU-Kommission gebildet, von niemandem legitimiert und niemandem verantwortlich.

Perspektiven für Europa jenseits des Finanzkapitalismus

Kurzfristig: Staaten der Erpressung durch die Finanzmärkte entziehen

1. **Refinanzierung der Staaten erleichtern statt Strafzinsen aufbürden**
Die EZB vergibt als Notmaßnahme vorübergehend Niedrigzinskredite an überschuldete Staaten und räumt ihnen damit das gleiche Recht ein, wie den Banken.
2. **Schulden-Audit für alle öffentlichen Schulden in Europa - Zocker zahlen die Zockschulden**
Alle staatlichen Schulden werden einem öffentlichen, transparenten Audit unterzogen, bei dem geprüft wird, welche Schulden **verabscheuungswürdig** sind. Der Invest-Casino-Bereich der Banken wird abgetrennt, unter Quarantäne gesetzt und koordiniert abgewickelt.
3. **Lastenausgleich herstellen, um angemessene Staatseinnahmen zu gewährleisten**
Große Vermögen, Gewinne und Einkommen sind drastisch zu besteuern.
4. **Scharfe Kontrolle der Finanzmärkte, Kapitalverkehrskontrolle wieder einführen,**
um die Kapitalflucht ins Ausland zu unterbinden und Vermögenswerte zu sichern.

5. **Hände weg von öffentlichem und staatlichen Eigentum**

Die Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Transport, Ernährung ...) wird dem Ausverkauf entzogen.

Mittelfristig: Entwaffnet die Finanzmärkte

1. **Entwaffnet die Finanzmärkte!**

Verbot aller Spekulationsgeschäfte auf Währungen, Staatsanleihen, Unternehmensanleihen, Grundnahrungsmittel, strategische Rohstoffe. Schließung aller Steueroasen und Schattenfinanzplätze. Verbot aller außerbörslichen und außerbilanziellen Geschäfte (Dark-Pool-Trading und sog. Over-the-Counter-Geschäfte (OTC), die derzeit einen Umfang von 420 Billionen Dollar erreichen!);

2. **Wirksame Finanztransaktionssteuer auf alle Finanzgeschäfte erheben**

3. **Leistungsbilanzungleichgewichte im europäischen Währungsraum ausgleichen**

Langfristig: Ein anderes Europa ist möglich

1. **Aufbau eines kooperativen, non-profit-orientierten Versorgungsnetzwerkes,**

aus Banken, Wohnung, Landwirtschaft und Ernährung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Energie, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und die eigenen Finanzmittel dem globalen Finanzcasino zu entziehen.

2. **Beseitigung des Kreditgeld-Schöpfungssystems der Banken,**

d.h. die Erzeugung von Schulden-Geld aus dem Nichts, das neben dem unlimitierten Geld drucken der Zentralbanken fortlaufend Kreditblasen erzeugt, die an einem bestimmten Punkt kollabieren.

3. Die **vertragliche Grundlage der EU** ist dergestalt zu ändern, dass die **Grundfreiheiten des Binnenmarktes** (freier Kapital-, Waren-, Dienstleistungsverkehr und Niederlassungsfreiheit) nur dann in Anspruch genommen werden dürfen, sofern nicht **übergeordnete soziale, demokratische, ökologische oder wirtschaftspolitische Ziele** dem entgegen stehen.